

Stadt Bramsche

**Protokoll
über die 7. Sitzung des Rates
vom 08.12.2022
Ratssaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr BGM Heiner Pahlmann

Vorsitzender

Herr Winfried Müller

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen

Herr Ralf Bergander

Herr Stephan Bergmann

Herr Karl-Georg Görtemöller

Frau Ute Johannis

Herr Thorsten Karssies

Herr Richard Keib

Herr Christian Lübbe

Frau Anette Marewitz

Herr Oliver Neils

Frau Lisa Pörtge

Herr Lars Rehling

Frau Silke Schäfer

Herr Ralf Seeleib

Herr Dr. Harald Wegner

Herr Dr.-Ing. Benjamin Weinert

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Gert Borcharding

Frau Monika Bruning

Herr Heiner Hundeling

Frau Silke Kuhlmann

Frau Imke Märkl

Herr Andreas Quebbemann

Herr Oliver Reyle

Herr Ernst-August Rothert

Frau Katrin von Dreele

Herr Matthis Waldkötter

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Frau Angelika Ballmann

Herr Jens Kerntopf

Frau Barbara Pöppe

Herr Dieter Sieksmeyer

Mitglieder FDP-Fraktion

Herr Jürgen Kiesekamp
Frau Anette Staas-Niemeyer
Frau Anke Wittemann

Anwesend bis TOP 12

Mitglied AfD

Herr Mark Mecklenburg

Verwaltung

Frau Sonja Bodensiek
Frau Sonja Göhler
Frau Mechthild Koldeweihe
Herr BD Christian Müller
Frau Maria Stuckenberg
Herr ESTR Ulrich Willems

Protokollführerin

Frau Esther Lüßenheide

Abwesend:**Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen**

Herr Matthias Reyl
Frau Miriam Thye

Mitglied Die Linke

Herr Patrick Wenndorf

Beginn: 18:05

Ende: 21:47

Tagesordnung:

- | | | |
|---|---|---------------|
| 1 | Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Bericht des Bürgermeisters | |
| 4 | Einwohnerfragestunde | |
| 5 | Wiederwahl des Ersten Stadtrates | WP 21-26/0203 |
| 6 | 1. Änderung der Hauptsatzung vom 04.11.2021 | WP 21-26/0137 |
| 7 | Annahme von Spenden und Zuwendungen aus dem Jahr 2021 über 2.000,- Euro | WP 21-26/0209 |
| 8 | 1. Änderungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege vom 20.07.2021 | WP 21-26/0201 |
| 9 | Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück über die Erstattung von Schulsachkosten | WP 21-26/0205 |

10	Offenes Ganztagsangebot der Grundschule Ueffeln	WP 21-26/0206
11	Haushaltsplan 2023	WP 21-26/0160
11.1	Haushaltsplan 2023	WP 21-26/0160-1
11.2	Aufnahme von Finanzmitteln für die Notstromversorgung	WP 21-26/0202
11.3	Zuschussantrag - Waldorfkindergarten Evinghausen e.V.	WP 21-26/0190
12	Haushaltsplan - Stellenplan 2023	WP 21-26/0167
12.1	Haushaltsplan - Stellenplan 2023	WP 21-26/0167-1
13	2. Änderungssatzung zur Marktgebührensatzung	WP 21-26/0199
14	Antrag der CDU "Vergabekriterien Baugrundstücke"	WP 21-26/0168
14.1	Weiterer Antrag CDU - Vergabekriterien Baugrundstücke -	WP 21-26/0171
15	Antrag der CDU "Befahrbarkeit des Fahrradweges an der Hemker Straße"	WP 21-26/0158
16	Antrag der CDU "Vorfahrtsregelung Hemker Straße/Schubertstraße"	WP 21-26/0159
17	Richtlinie der Stadt Bramsche zur Förderung des käuflichen Erwerbs von Lastenfahrrädern und Kinderanhängern	WP 21-26/0216
18	Schlussbesprechung 2021 über den Jahresabschluss des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Stadt Bramsche	WP 21-26/0185
19	Entlastung der Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2021	WP 21-26/0186
20	4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Bramsche	WP 21-26/0188
21	Wirtschaftsplan 2023 für den Abwasserbeseitigungsbetrieb der Stadt Bramsche	WP 21-26/0187
22	Beantwortung von Anfragen	
23	Anfragen und Anregungen	
24	Einwohnerfragestunde	

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

RV Müller begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Grundsätzliche Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht. RM Neils bittet jedoch die Ratsmitglieder, sich Gedanken darüber zu machen, ob für sie eine Städtepartnerstadt mit einer Stadt vergleichbarer Größe in der Ukraine für Bramsche denkbar sei.

RM Neils berichtet, dass Herr Heiner Beinke zum letzten Mal als Journalist der NOZ von der Ratssitzung berichten wird und bedankt sich bei Herrn Heiner Beinke für die jahrelange gute Berichterstattung.

TOP 3 Bericht des Bürgermeisters

1. BGM Pahlmann spricht eine mögliche kommunale Partnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine an. Die Verwaltung habe bereits Möglichkeiten untersucht, unter welchen Bedingungen solche Partnerschaften angebahnt werden können. Sollte der Rat eine Partnerschaft anstreben und der Verwaltung den Auftrag erteilen, die notwendigen Schritte einzuleiten, müsse man sich darüber im Klaren sein, dass es sich zunächst nicht um eine Städtepartnerschaft handeln würde, wie sie bislang mit den vorhandenen Partnerstädten vorhanden wäre. Hier ginge es zunächst um Hilfsleistungen/-güter, die in die Ukraine gebracht werden würden. Ein Feuerwehrfahrzeug sei bereits in die Ukraine überstellt worden. Da der Rat keinen Widerspruch gegen den Vorschlag ausspricht, werde die Verwaltung eine solche Partnerschaft vorbereiten.

RM Sieksmeyer ergänzt dazu, dass ein Mitglied seiner Partei einige Jahre in der Ukraine gearbeitet und angeregt habe, eine Städtepartnerschaft mit seinem damaligen Wohnort zu organisieren. Die Verwaltung könne sich gerne mit ihm in Verbindung setzen.

2. BGM Pahlmann berichtet, dass die Schülerinnen und Schüler der 4. Klassen aus fünf Bramscher Grundschulen sich im Rahmen der Aktion „Demokratie Leben“ zum Weltkindertag am 20. September Gedanken zum Motto „Gemeinsam für Kinderrechte“ gemacht haben. Dabei kamen unterschiedliche Wünsche, wie „Eis für Alle; längere Ferien oder nur drei Tage Schule in der Woche“, wie auch „immer ein Dach über dem Kopf; gutes Essen und Wahlrecht für Kinder“ zusammen. Ihre Wünsche wurden schriftlich formuliert und auch zeichnerisch dargestellt. Aktuell seien die Karten an der Glasfront des Ratssaales ausgehängt.
3. BGM Pahlmann berichtet, dass der Jugendtreff Achmer in Zusammenarbeit mit der Stadtjugendpflege in Achmer an der Neuenkirchener Straße eine Bushaltestelle in Regenbogenfarben gestaltet habe. Diese sehr schön gestaltete Bushaltestelle wurde einige Male durch verschiedenfarbige und –artige Schmierereien verunstaltet. Die Stadtjugendpflege habe daraufhin zusammen mit den Jugendlichen das Thema aufgegriffen und eine sogenannte Dialogbushaltestelle daraus gemacht. Dies beinhaltete auch die Antragstellung im Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2022“ gegen Extremismus und Gewalt beim Bündnis für Demokratie und Toleranz. Das e.g. Bündnis habe mit Schreiben vom 02.12.2022 dem Jugendtreff Achmer mitgeteilt, dass eingereichte Projekt „Dialogbushaltestelle“ von der Auswahljury als vorbildlich eingestuft und mit einem Preis ausgezeichnet habe.
4. BGM Pahlmann berichtet von einem weiteren Thema in Bezug auf Demokratie stärken durch Partizipation / Beteiligung. Frau Uhlenkamp habe einen weiteren Antrag zur Aktion „Kommunen der offenen Gesellschaft“ gestellt. Die Stadt Bramsche wurde in das Programm „Mehr Erreichen. Mit Beteiligung. - Kommunen der Offenen Gesellschaft“ aufgenommen, bei

dem es lediglich um 5 Kommunen in ganz Deutschland gehe. Es gehe dabei um ein Partizipationsprojekt, an dem sich die Bevölkerung zum Beispiel bzgl. der Gestaltung des Marktplatzes beteiligen könne.

5. BGM Pahlmann berichtet, dass das regionale Entwicklungskonzept in Bezug auf das Förderprogramm LEADER genehmigt worden sei. Genaue Informationen dazu sind auf der Homepage der Stadt Bramsche unter „Politik und Verwaltung“ zu finden.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

1. Eine Bürgerin berichtet, dass im Ratsinformationssystem Dokumente nur noch ein halbes Jahr zurückverfolgt werden können und möchte wissen, warum das so sei. Es stellt sich heraus, dass es lediglich eine Einstellungssache bei der Handhabung der Webseite war.
2. Ein Bürger, der Vorstandsmitglied im Waldorfkindergartenverein in Evinghausen ist, spricht den Zuschussantrag unter TOP 11.3 an und möchte wissen ob die Stadt Bramsche für den Haushalt 2023 bereit sei einen Teil der Baukosten in Höhe von 50.000,00 € für Baunebenkosten zu finanzieren.

RV Müller erklärt, dass diese Frage Gegenstand eines späteren Punktes auf der Tagesordnung sei und die Frage daher zu diesem Zeitpunkt nicht beantwortet werden könne. ESTR Willems bestätigt dieses.

TOP 5 Wiederwahl des Ersten Stadtrates

WP 21-26/0203

Beschlussvorschlag:

1. Im Einvernehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten sieht der Rat gemäß § 109 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 NkomVG von einer öffentlichen Ausschreibung der Stelle des Allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters als Beamter auf Zeit ab, da beabsichtigt ist, den bisherigen Stelleninhaber erneut zu wählen.
2. Der Rat wählt auf Vorschlag des Bürgermeisters den bisherigen Stelleninhaber, Herrn Ersten Stadtrat Ulrich Willems mit Wirkung ab 01.07.2023 unter erneuter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum Allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters.
3. Der Eintritt des Ersten Stadtrates Herrn Ulrich Willems in den Ruhestand wird aus dienstlichen Gründen gem. § 36 (2) Satz 1 des Niedersächsischen Beamtengesetzes bis zum 31.12.2023 hinausgeschoben.

EStR Willems verlässt den Raum.

BGM Pahlmann erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den ersten Teil des Beschlussvorschlages der Vorlage WP 21-26/0203 „Wiederwahl des Ersten Stadtrates“ hinsichtlich des Verzichtes auf eine öffentliche Ausschreibung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Es liegt ein Antrag vor, den zweiten Teil des Beschlussvorschlages der Vorlage WP 21-26/0203 „Wiederwahl des Ersten Stadtrates“ in geheimer Wahl vorzunehmen.

Der Rat wählt in geheimer Wahl den bisherigen Stelleninhaber, Herrn Ersten Stadtrat Ulrich Willems mit Wirkung ab 01.07.2023 unter erneuter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum Allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters.

Abstimmungsergebnis: 31 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
3 Enthaltungen

ESTR Willems ist wieder anwesend.

RV Müller lässt über den dritten Teil des Beschlussvorschlages der Vorlage WP 21-26/0203 „Wiederwahl des Ersten Stadtrates“ hinsichtlich der Verschiebung des Eintrittsdatums in den Ruhestand abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 6 1. Änderung der Hauptsatzung vom 04.11.2021 WP 21-26/0137

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bramsche beschließt die beigefügte 1. Änderungssatzung der Hauptsatzung.

RM Lübke erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 7 Annahme von Spenden und Zuwendungen aus dem WP 21-26/0209
Jahr 2021 über 2.000,- Euro

Beschlussvorschlag:

Die im Jahr 2021 bei der Stadt Bramsche eingenommenen Spenden und Zuwendungen über 2.000,- Euro werden angenommen und dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Spenden:

Förderverein Grundschule Engter (insgesamt 7.230,43 Euro)

- 1.665,00 Euro Sachspende, Logico Rahmen
- 227,74 Euro Sachspende, Mehrwegboxen für Logico Rahmen
- 365,09 Euro Sachspende, Foxi Bilderbuchkasten
- 53,10 Euro Sachspende, Bücherständer Schulbibliothek
- 243,35 Euro Sachspende, Bücher für die Schulbibliothek
- 21,10 Euro Sachspende, Etikettenschützer Schulbibliothek
- 79,00 Euro Sachspende, Blumenbank Schulbibliothek
- 1.412,40 Euro Sachspende, Schulplaner 2021/22Medienpark
- 2.057,88 Euro Sachspende, Schulobst, regelmäßige Lieferungen Gemüsegärtner
- 655,80 Euro Barspende, für Präventionsprogramm „Mein Körper gehört mir“
- 450,00 Euro Barspende, für Projekt Ernährungsführerschein, K. Gerbes

Förderverein Grundschule Hesepe (insgesamt 5.902,81 Euro)

- 3.354,71 Euro Sachspende, Kletter- u. Hangelstrecke Schulhof GS Hesepe
- 1.808,40 Euro Sachspende, diverses Pausenspielzeug
- 180,00 Euro Barspende, Unterricht der Jahrgänge 1 und 2 an der Biologischen Station Haseniederung
- 180,00 Euro Barspende, Musikprogramm „Zaches und Zinnober“
- 329,70 Euro Barspende, Präventionsprogramm „Mein Körper gehört mir“
- 50,00 Euro Sachspende, Nikolausgeschenke Klasse 2a

Förderverein Grundschule Ueffeln (insgesamt 2.245,89 Euro)

- 800,00 Euro Barspende, Zuschuss Klassenkassen Jahrgänge 1 – 4
- 122,00 Euro Barspende, Zuschuss Mittagessen
- 155,18 Euro Sachspende, Hochbeete Schulgarten
- 565,00 Euro, Sachspende, Staketenzaun Schulgarten
- 146,29 Euro, Barspende, Zuschuss Turnbeutel Erstklässler
- 150,00 Euro, Barspende, Zuschuss Schulplaner
- 102,32 Euro, Barspende, Zuschuss Schul T-Shirts
- 205,10 Euro, Sachspende, Pausenspielzeug

Kreissparkasse Bersenbrück (insgesamt 9.670,00 Euro)

- 750,00 Euro Barspende, GS Im Sande, Zuwendung für soziales Schulleben
- 140,00 Euro Barspende, Honigmoor-Schule Epe, Präventionsprogramm „Mein Körper gehört mir“
- 500,00 Euro Barspende, Honigmoor-Schule Epe, Zuwendung für soziales Schulleben
- 500,00 Euro Barspende, Bühner-Bach-Schule Achmer, Zuwendung für soziales Schulleben
- 500,00 Euro Barspende, GS Ueffeln, Zuwendung für soziales Schulleben
- 200,00 Euro Barspende, Meyerhofschule, Schultagebücher
- 750,00 Euro Barspende, Meyerhofschule, Zuwendung für soziales Schulleben
- 280,00 Euro Barspende, Meyerhofschule, Präventionsprogramm „Mein Körper gehört mir“
- 750,00 Euro Barspende, Martinusschule, Zuwendung für soziales Schulleben
- 750,00 Euro Barspende, Hauptschule, Zuwendung für soziales Schulleben
- 1.500,00 Euro Barspende, Realschule, Zuwendung für soziales Schulleben
- 3.000,00 Euro Barspende, Preisgelder „Bike to School“
- 50,00 Euro, Barspende, Jugendfeuerwehr Bramsche

Frau Gerd Hundeling, Bramsche (insgesamt 2.200,00 Euro)

- 1.000,00 Euro, Barspende, Ortsfeuerwehr Epe
- 1.000,00 Euro Barspende, Ortsfeuerwehr Engter
- 100,00 Euro Barspende, Ortsfeuerwehr Bramsche-Mitte

100,00 Euro Barspende, Ortsfeuerwehr Hesepe
RM Lübke erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

TOP 8 1. Änderungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen WP 21-26/0201
Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und
Kindertagespflege vom 20.07.2021

Beschlussvorschlag:

Der in der Anlage 1 beigefügten 1. Änderungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege vom 20.07.2021 wird zugestimmt.

RM Märkl erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 9 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis WP 21-26/0205
Osnabrück über die Erstattung von Schulsachkosten

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Bramsche schließt mit dem Landkreis Osnabrück die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zu den Schulsachkosten nach § 118 NSchG in der anliegenden Fassung ab.

EStR Willems informiert darüber, dass der Antrag der Verwaltung in Form dieser Vorlage zurückgezogen wird. Der Landkreis arbeitet zurzeit an einer geeigneten Form einer neuen Vereinbarung. Die Höhe, der auch im Haushalt 2023 eingeplanten, Erstattungen von Schulsachkosten bleiben aber bestehen. Dies sei mit dem Landkreis so besprochen.

Die Vorlage wird zurückgezogen, die Beschlussfassung ausgesetzt.

TOP 10 Offenes Ganztagsangebot der Grundschule Ueffeln WP 21-26/0206

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Bramsche stimmt dem Antrag der Grundschule Ueffeln zur Einrichtung eines offenen Ganztagsangebotes an dieser Schule ab dem Schuljahr 2023/24 zu.

Der Antrag wird – auf Grundlage des pädagogischen Konzeptes der Schule – nach Ziff. 2.4 bis 2.7 des Ganztagsschülerlasses (Offene Ganztagschule) gestellt.

Über die Bereitstellung städtischer Haushaltsmittel zur ergänzenden Finanzierung des Ganztagsangebotes wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2023 entschieden.

RM Märkl erläutert kurz die Vorlage._

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 34 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 11 Haushaltsplan 2023

WP 21-26/0160

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan mit seinen Teilhaushalten und Einzelfestsetzungen für das Haushaltsjahr 2023, die fortgeschriebene Finanzplanung für den Finanzplanungszeitraum 2024-2026 und die Haushaltssatzung (s. Anlage „Haushaltssatzung“) werden in Gestalt der fortgeschriebenen Veränderungsliste beschlossen.

Siehe TOP 11.1

TOP 11.1 Haushaltsplan 2023

WP 21-26/0160-1

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan mit seinen Teilhaushalten und Einzelfestsetzungen für das Haushaltsjahr 2023. Die fortgeschriebene Finanzplanung für den Finanzplanungszeitraum 2024 bis 2026 und die Haushaltssatzung (siehe Anlage „Haushaltssatzung“) werden in Gestalt der fortgeschriebenen Veränderungsliste beschlossen.

RM Lübke erläutert kurz die Vorlage._

Auf Vorschlag von ESTR Willems werden entsprechend der Reihenfolge der Veränderungsliste zuerst die Empfehlungen für den Ergebnishaushalt, die noch nicht durch einen Fachausschuss aufgenommen wurden behandelt, dann die Empfehlungen, die durch einen Fachausschuss, dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Personal und dem Verwaltungsausschuss aufgenommen wurden. Anschließend das Gleiche für den Finanzhaushalt.

Zu 2. der Veränderungsliste für den Ergebnishaushalt:

Antrag der CDU-Fraktion auf Herausnahme der Mittel für die Förderung von Photovoltaikanlagen mit Zweckbindung auf Balkonanlagen, stattdessen Aufnahme der Förderung von Photovoltaikanlagen mit einer weiteren Zweckbindung, also keine Beschränkung lediglich auf Balkonanlagen.
RV Müller lässt über den e.g. Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür
23 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Zu 3. der Veränderungsliste für den Ergebnishaushalt:

Da keine Änderungsanträge gestellt werden, nimmt der Rat diese Empfehlungen zur Kenntnis.

Zu 2. der Veränderungsliste für den Finanzhaushalt wird wie folgt abgestimmt:

Antrag des Orsrates Achmer zur Aufnahme von 250.000 € für die Sanierung des Paul-Jaschke-Weges in Achmer.

Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür
21 Stimmen dagegen
2 Enthaltungen

Antrag CDU-Fraktion zur Aufnahme von 2.000.000 € für den Waldorfkindergarten Evinghausen e.V..

Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

Antrag CDU-Fraktion zur Aufnahme von 300.000 € für die Kindertagesstätte St. Martinus.

Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür
19 Stimmen dagegen
2 Enthaltungen

Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme von VE 2.022.700 € für 2024 für den Neubau einer Kindertagesstätte, Waldorfkindergarten Evinghausen e.V..

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme von VE 200.000 € für 2024 für die Sanierung der Kindertagesstätte St. Martinus.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Reduzierung der Ankäufe von Gewerbeflächen i.H.v. 250.000 €.

Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür
31 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Antrag CDU-Fraktion zur Zusammenlegung der Ankäufe von Gewerbeflächen und Bodenvorratsflächen und Übertragung in die Folgejahre und Reduzierung des Haushaltsansatzes um 200.000 €.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Antrag CDU-Fraktion zur Streichung der Mittel für den Bau des Radweges Osnabrück-Bramsche und damit Einsparung von 450.000 €.

Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür
22 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

Antrag CDU-Fraktion zum Wegfall des Ansatzes für die Förderung des e.g. Radweges und damit Einsparung i.H.v. 585.000 €.

Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür
22 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

Antrag CDU-Fraktion zur Reduzierung des Ansatzes für ökologische Aufwertungen um 50.000 €.

Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür
21 Stimmen dagegen
2 Enthaltungen

Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme von Einnahmen aus Verkauf von Wohnbaugrundstücken (Mehreinnahme) i.H.v. 650.000 €.

Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür
30 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur Reduzierung der Mittel für die Bodenvorratsfläche 400.000 €.

Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür
30 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Zu 3. der Veränderungsliste für den Finanzhaushalt wird wie folgt abgestimmt:

Antrag CDU Fraktion zur Wiederaufnahme der Mittel (736.700 € zzgl. 89.800 €) für den Bau eines BSI-konformen Rechenzentrums, (gestrichen im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Personal). Investitionsnummer 111082301.

Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür
21 Stimmen dagegen
3 Enthaltungen

Antrag CDU Fraktion, die angestrebte Mietlösung in Bezug auf die Investitionsnummern 111159903 (An und Verkauf sonstiger Grund und Boden; Herausnahme der Einnahme von 280.000 €), 365012301 (KiTa Böhrener Esch; Einnahmen aus dem Verkauf des Grundstücks und Zuschuss zur Einrichtung der KiTa; Wiederberücksichtigung von 500.000 € in den Haushalt und 3.500.000 € in die Finanzplanung und Herausnahme des Zuschusses i.H.v. 90.000 €) nicht zu machen. Abstimmung ohne Frau Johannis.

Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen
2 Enthaltungen

Da für die restlichen unter 3. aufgeführten Empfehlungen für den Finanzhaushalt und die aufgelisteten Veränderungen in der mittelfristigen Finanzplanung 2024-2026 im Ergebnishaushalt (Seite 15 in der Veränderungsliste) keine weiteren Anträge vorliegen, werden diese wie in der Veränderungsliste dargestellt vom Rat übernommen.

RV Müller lässt entsprechend der Vorlagen WP21-26/0160 und WP21-26/0160-1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen dafür
10 Stimmen dagegen
5 Enthaltungen

TOP 11.2 Aufnahme von Finanzmitteln für die
Notstromversorgung

WP 21-26/0202

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Aufnahme von 200.000 Euro in die Finanzplanung des Haushaltsjahres 2024 für die Notstromversorgung öffentlicher Gebäude sowie die Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt für das Jahr 2023 in gleicher Höhe.

ESTR Willems erklärt, dass diese Vorlage zurückgezogen werden müsse. Hintergrund der Vorlage war, dass nach der bisherigen Rechtslage die Stadt in bestimmten Bereichen umsatzsteuerpflichtig geworden wäre. Im Dezember liege nun eine Gesetzesnovelle im Bundestag zur Abstimmung vor, von der man ausgehe, dass sie auch so abgestimmt werde, wonach die Übergangsfrist für die Steuerfreiheit noch um 2 Jahre verlängert werde. Danach müsse man die Marktgebühren noch nicht mit der Umsatzsteuer belasten und die Änderung der Marktgebührensatzung sei daher nicht notwendig.

ESTR Willems bittet daher, die Vorlage nur zur Kenntnis zu nehmen und nicht darüber abzustimmen.
TOP 14 Antrag der CDU "Vergabekriterien Baugrundstücke" WP 21-26/0168

RM Kuhlmann ist wieder anwesend.

RM Bergander spricht die Vorlagen WP 16-21/0168 und WP 16-21/0171 an und berichtet, dass ab dem 19.01.2023 die Verwaltung die Ortsräte über die neu erarbeitete Vergaberichtlinie informieren werde. Am 23.02.2023 werde diese dem Fachausschuss anhand einer Vorlage vorgestellt und empfohlen und der Rat im März darüber beschließen. Die gestellten Anträge der CDU-Fraktion können daher aktuell nur abgelehnt oder vertagt werden.

RM Quebbemann macht deutlich, dass es lediglich darum gehe, dass das Losverfahren nicht mehr weiter vorgenommen werden solle und er nicht verstehen könne, warum man diesem Antrag daher nicht zustimme.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür
 23 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 14.1 Weiterer Antrag CDU - Vergabekriterien WP 21-26/0171
 Baugrundstücke -

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 10 Stimmen dafür
 23 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 15 Antrag der CDU "Befahrbarkeit des Fahrradweges an WP 21-26/0158
 der Hemker Straße"

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage.

RM Ballmann stellt klar, dass man nicht von einem Fahrradweg, sondern lediglich von einem Fußweg, der für Fahrradfahrer frei gegeben sei, sprechen könne. Dies bedeute, dass Radfahrer dort nur Schrittgeschwindigkeit fahren dürfen.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

RM Kieseckamp war zur Abstimmung nicht im Ratssaal.

Abstimmungsergebnis: 32 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

TOP 16 Antrag der CDU "Vorfahrtsregelung Hemker
Straße/Schubertstraße"

WP 21-26/0159

RM Bergander erläutert kurz die Vorlage bzw. den bisherigen Beratungsverlauf der Vorlage. Er berichtet, dass Herr Mazur von der PGT Umwelt und Verkehr GmbH in seinem Vortrag im Fachausschuss dringend dazu geraten habe, die derzeitige Verkehrsführung mindestens 1 Jahr zu beobachten um dann erneut darüber diskutieren zu können.

RM Märkl halte die Situation für alle Verkehrsteilnehmer für sehr unübersichtlich, wolle darauf jedoch nicht erneut ausführlich eingehen. Der Grund für die Antragstellung Ihrer Fraktion sei, dass die Politik nicht beteiligt worden sei. Die Verkehrskommission habe im Verborgenen getagt und Entscheidungen getroffen, die Politik wurde lediglich vor vollendete Tatsachen gestellt. Diese Verfahrensweise sei nicht in Ordnung, da der Rat von den Bürgern gewählt wurde um die Meinungen der Bürger, insbesondere auch zu Angelegenheiten des innerstädtischen Verkehrs zu vertreten. Der Antrag bleibe daher weiterhin bestehen.

BGM Pahlmann ist der Meinung, dass ein Gremium Beschluss allgemein gesehen eher so lauten könne, dass z.B. eine bestimmte Situation für alle Verkehrsteilnehmer verbessert werden solle und die Fachleute dazu Vorschläge erarbeiten und Maßnahmen umsetzen. Er halte solche Themen, wie auch Schilderregelungen usw. nicht für politische Entscheidungen geeignet. Er werde eindeutig der Empfehlung des Herrn Mazur folge, da sich die Änderung der Verkehrsführung seiner Meinung nach schon sehr bewährt habe.

RM Quebbemann erklärt, dass ein Gutachter, der den Vorschlag, so wie er sich jetzt in der Realität darstelle, entsprechend begleitet und in seinem Entwurf des Verkehrsentwicklungsplanes mit aufgenommen habe, jetzt nicht sage, dass die Idee vielleicht doch nicht so gut gewesen sei, halte er nicht für überraschend. Überraschend sei eher, dass er im Nachhinein damit beauftragt wurde, den Sachverhalt zu bewerten.

BGM Pahlmann könne nicht verstehen, warum der Gutachter zu einem anderen Schluss kommen solle, denn seiner Meinung nach laufe alles gut.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür
19 Stimmen dagegen
1 Enthaltung

TOP 17 Richtlinie der Stadt Bramsche zur Förderung des
käuflichen Erwerbs von Lastenfahrrädern und
Kinderanhängern

WP 21-26/0216

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage beigefügte Richtlinie zur Förderung des käuflichen Erwerbs von Lastenfahrrädern und Kinderanhängern wird unbefristet beschlossen.

BGM Pahlmann erläutert kurz die Vorlage._

RM Staas-Niemeyer ist der Meinung, dass in der ursprünglich beschlossenen Richtlinie Kinderanhänger herausgenommen worden seien. In der jetzt vorgelegten Richtlinie seien sie wieder berücksichtigt worden. Sie bittet um Überprüfung, ob das tatsächlich so war und bittet um Änderung der jetzt vorgelegten Richtlinie, wenn die Überprüfung ergebe, dass Kinderanhänger nicht berücksichtigt wurden.

RM Kuhlmann habe von der N-Bank die schriftliche Bestätigung erhalten, dass Fördermittel bereitgestellt werden und sie sehe daher nicht die Erforderlichkeit, 27.000,00 € seitens der Stadt zur Verfügung zu stellen, wenn Bürger und Bürgerinnen auch vom Land Niedersachsen Fördermittel erhalten können.

RM Weinert stellt klar, dass es um die Richtlinie gehe und nicht um das Geld.

RM Marewitz berichtet, dass es aktuell keine Gelder vom Land Niedersachsen gebe, die Stadt Bramsche aber welches zur Verfügung stellen könne. Sie gehe davon aus, dass sich durch eine mögliche Förderung mehr Menschen für die Anschaffung von Lastenfahrrädern entscheiden werden.

RM Ballmann kann dieser Förderung nicht zustimmen, da sie der Meinung sei, dass mögliche Nutznießer lediglich diejenigen sein werden, die sie eigentlich gar nicht bräuchten.

RM Quebbemann möchte wissen, wie viele Anträge bei der Stadt eingegangen seien, die mangels Richtlinie nicht beschieden werden konnten. Auch möchte er wissen, was dagegenspreche, auf die Landesförderung zu verweisen. Er sei der Meinung, dass die Stadt nicht zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen und Verwaltungskapazitäten binden müsse.

BD Müller erklärt, dass mangels Werbung hinsichtlich der Förderung keine Anträge vorliegen würden.

RV Müller lässt darüber abstimmen, die Richtlinie in der ursprünglichen Form der alten Vorlage unbefristet zu beschließen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	21 Stimmen dafür
	12 Stimmen dagegen
	0 Enthaltungen

TOP 18	Schlussbesprechung 2021 über den Jahresabschluss des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Stadt Bramsche	WP 21-26/0185
--------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Jahresabschluss 2021 (einschließlich Anhang und Lagebericht) des

Abwasserbeseitigungsbetriebes der Stadt Bramsche wird festgestellt. Die handelsrechtliche Bilanz schließt auf Aktiv- und Passivseite mit einem Betrag von jeweils 22.305.279,67 €. Vom handelsrechtlichen Jahresgewinn in Höhe von 548.396,69 € wird als Eigenkapitalverzinsung ein Betrag von 44.160,00 € an die Stadt Bramsche ausgeschüttet. Der Restbetrag von 504.236,69 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

BGM Pahlmann erläutert kurz die Vorlage._

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 19 Entlastung der Betriebsleitung für das Geschäftsjahr WP 21-26/0186
 2021

Beschlussvorschlag:

Der Betriebsleitung des Abwasserbeseitigungsbetriebes der Stadt Bramsche wird für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

BGM Pahlmann erläutert kurz die Vorlage._

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 20 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von WP 21-26/0188
 Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung
 der Stadt Bramsche

Beschlussvorschlag:

Die 4. Änderungssatzung zur Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung der Stadt Bramsche – Abwasserbeseitigungsbetrieb (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung – AGS) vom 08.12.2022, wird in der vorliegenden Form beschlossen.

BGM Pahlmann erläutert kurz die Vorlage._

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan 2023 für den Abwasserbeseitigungsbetrieb der Stadt Bramsche wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

Zum Ausgleich des Vermögensplans ist eine Darlehensaufnahme von 300 T€ vorgesehen. Diese wird jedoch nur erfolgen, wenn die im Investitionsplan aufgeführten Maßnahmen auch tatsächlich zur Ausführung kommen und liquide Mittel nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite für das Wirtschaftsjahr 2023 wird auf 500 T€ festgesetzt.

BGM Pahlmann erläutert kurz die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 22 Beantwortung von Anfragen

Keine

TOP 23 Anfragen und Anregungen

Keine

TOP 24 Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin spricht den Riester Damm bzw. die Autobahnzufahrt an. In der Zeitung habe gestanden, dass das Verfahren weitestgehend abgeschlossen sei. Sie möchte wissen, ob es seitens der Stadt eine Stellungnahme bzw. einen Einwand zu der L78 gegeben habe, da sie Zustände wie in Icker befürchte.

BD Müller erklärt, dass eine Antwort nachgereicht werde.

Winfried Müller
Vorsitzender

BGM Heiner Pahlmann
Verwaltung

Esther Lüßenheide
Protokollführerin